



Arztberuf auf Platz 1 der Berufsprestige-Skala

Nach der aktuellen Berufsprestige-Skala 2003 des Instituts für Demoskopie Allensbach genießt in Deutschland der Arztberuf ganz besonderes Ansehen. An zweiter Stelle rangiert auf der Liste der angesehensten Berufe der des Pfarrers, dem von 39 Prozent der Bevölkerung ganz besonderes Ansehen attestiert wird. Die Berufe des Hochschulprofessors und des Unternehmers nehmen Platz Drei und Vier auf der Berufsprestige-Skala ein. Auf den untersten Stufen der Berufspres-

tige-Skala rangieren Berufe wie Politiker, Gewerkschaftsführer und Buchhändler. Obwohl den ärztlichen Berufsstand weiterhin eine besondere Aura umgibt, wird der Glanz seit den 80er Jahren matter. Gründe dafür sieht das Institut für Demoskopie Allensbach vor allem in den Auseinandersetzungen innerhalb des Gesundheitssystems, Abrechnungsskandalen und Fehlbehandlungen, über die die Medien zunehmend berichten. 1966 zählten 84 Prozent der Westdeutschen den Arztberuf zu den fünf Berufen, von denen sie am meisten Achtung haben. Heute sagen das nur noch 70 Prozent.

Streitpunkt Gewerbesteuer

Bei der herrschenden Kontroverse um die Zukunft der Gewerbesteuer stehen inzwischen vier Modelle zur Diskussion, nachdem nun auch das Bundesfinanzministerium einen eigenen Vorschlag in die Debatte gebracht hat. Die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) favorisieren die Variante, dass die Gewerbesteuer in ihrer bisherigen Form bestehen bleibt und eine Ausweitung auf die Freiberufler nicht stattfindet. Aber ob sich diese Forderung angesichts der knappen Kassen der Kommunen – die von einer Änderung der Gewerbesteuer profitieren sollen – durchsetzen lässt, muss sich zeigen. Gegen eine Beibehaltung der Gewerbesteuer spricht auch der politische Eifer, mit dem an Alternativen gewerkelt wird. Das so genannte „NRW-Modell“, das von den kommunalen Spitzenverbänden und dem deutschen Städtetag unterstützt wird, sieht sowohl

die Ausweitung der Gewerbesteuer auf alle Selbstständigen und Freiberufler vor, als auch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch die Einbeziehung ertragsunabhängiger Komponenten wie Pachten, Mieten, Leasingraten und gezahlte Zinsen. Hinter diesem Vorschlag steht wohl auch ein Großteil der SPD-Bundestagsfraktion. Eine grundsätzliche Alternative dazu liefert das BDI/VCI-Modell, das eine Umwandlung der Gewerbesteuer in eine kommunale Gewinn- und Einkommensteuer vorsieht. Auf Basis ihrer Leistungsfähigkeit wären von dieser Steuer die Unternehmen, die Freien Berufe und alle weiteren Steuerpflichtigen betroffen. Einen Kompromiss zwischen diesen beiden Modellen will das Bundesfinanzministerium schaffen. Danach soll zwar der Kreis der Steuerpflichtigen ausgeweitet, zur Vermeidung einer Substanzbesteuerung allerdings auf die Einbeziehung ertragsunabhängiger Anteile der Bemessungsgrundlage verzichtet werden.

Kassenbeiträge erhöht: Techniker-Chef soll zurücktreten

Am 14. April 2003 legte eine Sprecherin von Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) dem Chef der Techniker Krankenkasse (TK), Norbert Klusen, den Rücktritt nahe. Dieser kritisierte wesentliche Reformpläne von Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) und warnte vor einem Anstieg der Kassenbeiträge um bis zu einen Prozentpunkt. Klusen hatte in der „Financial Times Deutschland“ das von Schmidt geplante Hausarzt-Modell – ein Herzstück ihrer Reform – abgelehnt. Dieses würde die Kosten nicht senken, sondern könne die Kassen sogar mit Milliarden belasten, meinte Klusen. Insgesamt würden die bisher bekannten Reformpläne weniger sparen, als von Schmidt und Berater Bert Rürup behauptet.

Die Sprecherin sagte, Klusen solle „vor seiner eigenen Tür kehren“. Falls die TK hohe Schulden habe, dann habe Klusen „schlecht gearbeitet. In Wirtschaftsunternehmen müssen Chefs bei erwiesener Erfolglosigkeit den Hut nehmen. Und daran sollte vielleicht auch Herr Klusen einmal denken.“ Schmidt tue „alles Mögliche, um die Kosten in der gesetzlichen Krankenversicherung unter Kontrolle zu halten“. Das Ministerium relativierte jedoch später die Äußerungen zu Klusen, die nicht mit Ressortchefin Schmidt abgestimmt gewesen seien. Es habe sich nicht um eine „Rücktrittsaufforderung“, sondern um einen „Merkposten“ gehandelt, sagte Pressechef Klaus Vater. Er warf Klusen indes „Panikmache“ vor. Die TK wies die Kritik zurück. „Im Ministerium liegen offenbar die Nerven blank.“ Die TK, bei der 5,3 Millionen Menschen krankenversichert sind, wies die Kritik des Ministeriums am Management Klusens zurück. Anders als viele andere Kassen habe die TK ihren Beitragssatz von 13,7 Prozent zu Jahresanfang nicht erhöht, sagte die Sprecherin. Auch halte die TK die vorgeschriebene Finanzreserve vor. Allerdings stecke die gesetzliche Krankenversicherung insgesamt in finanziellen Schwierigkeiten – dies dürfe nicht tabuisiert werden.

Wegen Schulden Beitragssprung auf 15 Prozent

Bei einer gemeinsamen Presseerklärung der Spitzenverbände der Krankenkassen am 6. Mai 2003 sprachen sie offiziell von einem Finanzbedarf von fünf bis sechs Milliarden Euro für dieses Jahr. Deshalb droht den Kassenversicherten in diesem Jahr ein Beitragssprung von 14,3 auf möglicherweise bis zu 15 %. Die rot-grüne Gesundheitsreform dürfte erst 2004 die Kassen entlasten. Nach Angaben der Betriebskrankenkassen (BKK) müsste der durchschnittliche Beitragssatz aller Kassen rechnerisch auf 15 % steigen, nur um die bisher aufgelaufenen Schulden abzubauen und die Rücklagen aufzupolstern. So seien allein zwei bis drei Milliarden Euro notwendig, um die Rücklagen aufzufüllen. Die Krankenkassen wiesen allerdings den Bericht der privaten Presse zurück, wonach ihre Schulden sogar bis zu 20 Milliarden Euro betragen. Dies sei „falsch“. Auch der Sprecher des BKK-Bundesverbandes, Florian Lanz, wies diese Berichte zurück. „Diese Zahlen sind aus der Luft gegriffen“, erklärte auch der Sprecher der Innungskrankenkassen, Joachim Odenbach.